

Herrn
Wolfgang Clement, MdL
Ministerpräsident des Landes NRW
Stadttor 1

Köln, 28.09.2001

40190 Düsseldorf

Frau
Ministerin
Birgit Fischer MdL
Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und
Gesundheit des Landes NRW
Fürstenwall 25

40219 Düsseldorf

Frau
Ministerin
Gabriele Behler MdL
Ministerium für Schule, Wissenschaft
und Forschung des Landes NRW
Völklinger Str. 49

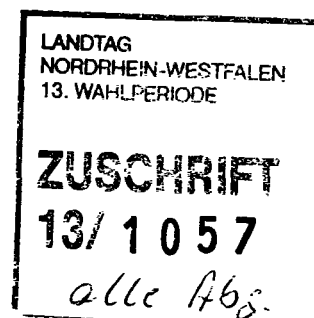
40221 Düsseldorf

Herrn
Minister
Peer Steinbrück MdL
Finanzministerium des Landes NRW
Jägerhofstraße 6

40497 Düsseldorf

Herrn Staatssekretär
Georg-Wilhelm Adamowitsch
Chef der Staatskanzlei
Stadttor 1

40190 Düsseldorf



Herrn
Edgar Moron MdL
Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion
im Landtag NRW
Platz des Landtages 1

40221 Düsseldorf

Herrn
Dr. Jürgen Rüttgers MdL
Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag NRW
Platz des Landtages 1

40221 Düsseldorf

Frau
Syvia Löhrmann MdL
Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis 90/
DIE GRÜNEN im Landtag NRW
Platz des Landtages 1

40221 Düsseldorf

Herrn
Jürgen Möllemann MdL
Fraktionsvorsitzender der F.D.P.-Fraktion
im Landtag NRW
Platz des Landtages 1

40221 Düsseldorf

Herrn
Ulrich Schmidt MdL
Präsident des Landtages NRW
Platz des Landtages 1

40221 Düsseldorf

Zur Weiterleitung an die Mitglieder des Ausschusses für Kinder und Jugend NRW, mit der Bitte, diese in die zukünftigen Beratungen und Überlegungen einzubeziehen.

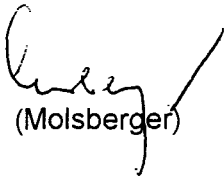
Resolution der Landschaftsversammlung Rheinland vom 27.09.2001

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

die Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Rheinland hat am 27.09.2001 einstimmig bei einer Enthaltung die beiliegende Resolution zu den vorgesehenen Kürzungen im Landeshaushalt betreffend der Jugend- und Familienförderung beschlossen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Resolution in Ihre Zukünftigen Beratungen und Überlegungen einbeziehen.

Mit freundlichen Grüßen


(Molsberger)

Kürzung von Jugend und Familienförderung - Fehlentscheidung bei Erziehung und Bildung

Die Landschaftsversammlung Rheinland lehnt die für den Landeshaushalt 2002 vorgesehene Kürzung der Jugend- und Familienförderung um 22 Mio. Euro ab und fordert den Landtag auf, die Glaubwürdigkeit politischen Handelns nicht zu verlassen.

Statt sich für mehr Jugend- und Familienförderung stark zu machen, hat die Landesregierung vorgesehen, die geplanten Zuwendungen an die Kommunen

● bei kommunalen Kinder- und Jugendzentren in Stadtteilen um	12 Mio. Euro,
bei kommunalen „Erziehungsberatungsstellen“ um	8 Mio. Euro
und bei der kommunalen „Familienerholung“ um	2 Mio. Euro

zu kürzen.

Würde dies realisiert, dann wäre dies nicht bloß ein Schritt zurück, sondern hätte den Zusammenbruch kommunaler Jugend- und Familienarbeit zur Folge. Die kommunalen Jugendzentren würden aus unseren Städten verschwinden, die Erziehungsberatungsstellen in ihrer Existenz bedroht, denn die kommunalen Gelder allein reichen nicht, um sie zu erhalten.

Der Widerspruch zu den Zielen der Landesregierung sowie zu fraktionsübergreifend postulierten landespolitischen Leitlinien ist offenkundig:

- - Gerade hat die Landesregierung zusammen mit namhaften Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens das Bündnis für Erziehung in NRW geschlossen, um mehr Initiative für die Zukunft junger Menschen in NRW zu erringen
- Die kommunalen sowie landes- und bundesweiten Anstrengungen zur Bekämpfung von Rechts- extremismus und Gewalt werden vor Ort über Jugendzentren wirksam
- Die kommunalen Erziehungsberatungsstellen haben ellenlange Wartelisten und werden vor allem von Familien gebraucht, die sich keine privaten therapeutischen Hilfen leisten können

Eine Mittelverkürzung würde die Umsetzung der Leitlinien gefährden.

„Wir dürfen keine Bildungsressource auslassen“ fordert Ministerpräsident Wolfgang Clement. Damit sind nicht nur Schule und Hochschule gemeint, sondern vor allem die Bildungschancen, die durch die Entwicklung demokratischen Denkens und Handelns in der Jugendarbeit, Elternarbeit und außerschulischer Bildungsarbeit eröffnet werden. Wenn das Land die Kommunen jetzt mit dieser Aufgabenstellung allein läßt, werden Zusagen nicht eingehalten.

Die Städte und Gemeinden haben für das laufende Jahr auf Grund der Steuerreform sowie der Entwicklung der Sozialausgaben und der Gewerbesteuer Einnahmeverluste von rund 4 Mrd. DM - so beklagte Innenminister Behrens noch am 24.8. zu Recht die dramatische Ausgangspositionen der Städte, Kreise und Gemeinden in NRW für 2002. Dann jedoch ist es erst recht nicht zu verstehen, daß die Landesregierung beabsichtigt, die Kommunen zusätzlich zu schwächen.

Derzeitig werden bundesweit und international die erheblichen Mehrbelastungen diskutiert, die Familien mit Kindern gesellschaftlich zu schultern haben. Nun bei den Erziehungs-, Bildungs- und Beratungsangeboten für Kinder, Jugendliche und Familien die Zuwendungen an die Kommunen zu kürzen, kann nur als „Fehlentscheidung“ der Landesregierung bezeichnet werden.

Die Landschaftsversammlung Rheinland und der Landesjugendhilfeausschuss Rheinland mit seinen Vertreter/innen aus den Kommunen, den Wohlfahrts- und Jugendverbänden, dem Gesundheitswesen, den Schulen und dem Landesarbeitsamt fordern deshalb die Landtagsfraktionen auf, den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie des Landtags sowie das Landesparlament insgesamt auf, diese falsche Weichenstellung unmittelbar zu korrigieren.